

ARCHIVES HISTORIQUES DE LA COMMISSION

COLLECTION RELIEE DES
DOCUMENTS "COM"

COM (79)684

Vol. 1979/0232

Disclaimer

Conformément au règlement (CEE, Euratom) n° 354/83 du Conseil du 1er février 1983 concernant l'ouverture au public des archives historiques de la Communauté économique européenne et de la Communauté européenne de l'énergie atomique (JO L 43 du 15.2.1983, p. 1), tel que modifié par le règlement (CE, Euratom) n° 1700/2003 du 22 septembre 2003 (JO L 243 du 27.9.2003, p. 1), ce dossier est ouvert au public. Le cas échéant, les documents classifiés présents dans ce dossier ont été déclassifiés conformément à l'article 5 dudit règlement.

In accordance with Council Regulation (EEC, Euratom) No 354/83 of 1 February 1983 concerning the opening to the public of the historical archives of the European Economic Community and the European Atomic Energy Community (OJ L 43, 15.2.1983, p. 1), as amended by Regulation (EC, Euratom) No 1700/2003 of 22 September 2003 (OJ L 243, 27.9.2003, p. 1), this file is open to the public. Where necessary, classified documents in this file have been declassified in conformity with Article 5 of the aforementioned regulation.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates vom 1. Februar 1983 über die Freigabe der historischen Archive der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. L 43 vom 15.2.1983, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1700/2003 vom 22. September 2003 (ABl. L 243 vom 27.9.2003, S. 1), ist diese Datei der Öffentlichkeit zugänglich. Soweit erforderlich, wurden die Verschlussachen in dieser Datei in Übereinstimmung mit Artikel 5 der genannten Verordnung freigegeben.

KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

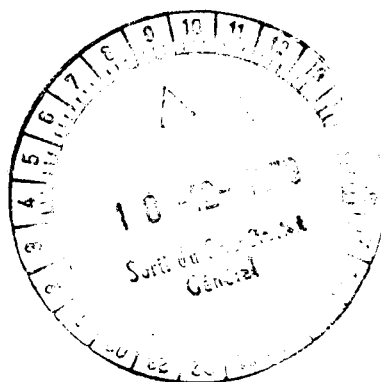
KOM(79) 684 endg

Brüssel, 21 november 1979

BERICHT DER KOMMISSION ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION

(Mitteilung an den Europäischen Rat - Dublin, den 29 und 30
november 1979)

KOM(79) 684 endg



BERICHT DER KOMMISSION ÜBER DIE EUROPÄISCHE UNION

1. Seit dem TINDEMANS-Bericht vom Dezember 1975 ist das vorliegende Dokument der dritte Bericht der Kommission über die erzielten Ergebnisse und die erreichbaren Fortschritte in den einzelnen Bereichen der Europäischen Union.
2. Das laufende Jahr stand im Zeichen bedeutender wirtschaftlicher und politischer Ereignisse, unter denen an erster Stelle die Direktwahlen zum Europäischen Parlament zu nennen sind. Die Bewußtwerdung der großen Probleme und die im Vorjahr angestellten Überlegungen der Gemeinschaft haben wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Union ermöglicht.
3. In der gesamten Gemeinschaft hat sich die industrielle Tätigkeit belebt, doch läßt sich an der Weiterführung der industriellen Umstrukturierungsmaßnahmen deutlich ablesen, daß das Unbehagen in einem zwar weniger angespannten, jedoch in bezug auf die Zukunft ungewissen wirtschaftlichen Klima fortbesteht. Außerdem ist die Arbeitslosenquote, insbesondere bei den Jugendlichen, nach wie vor besorgniserregend hoch. Die im Vorjahr weitgehend eingedämmte Inflation läßt seit den ersten Monaten des Jahres 1979 eine eindeutig steigende Tendenz erkennen. Die unsichere Energieversorgung und die steigenden Preise für Kohlenwasserstoffe tragen wieder maßgeblich zur Verdüsterung des wirtschaftlichen Horizonts bei.

Die seit einem Jahr insgesamt positive Handelsbilanz hat sich erneut verschlechtert. Die Gesamtheit der auf sehr unterschiedliche innere Verhältnisse einwirkenden äußeren Faktoren verstärken wieder die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

DAS POLITISCHE UND INSTITUTIONELLE EUROPA

4. Mit den ersten allgemeinen Direktwahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments wurde eine entscheidende Schwelle auf dem Weg zur Stärkung der demokratischen Legitimität in dem gesamten institutionellen Rahmen überschritten. Obgleich in den Verträgen von Paris und Rom vorgesehen, wurde die Direktwahl des Europäischen Parlaments erst mehr als 20 Jahre nach deren Unterzeichnung Wirklichkeit. Die ersten Debatten und das Diskussionsklima lassen erkennen, daß das neugewählte Parlament entschlossen ist, der Verwirklichung der Europäischen Union neuen Auftrieb zu geben.

5. In dem den drei "Weisen" vom Europäischen Rat auf seiner Brüsseler Tagung vom 4. und 5. Dezember 1978 erteilten Mandat schlägt sich der Wunsch der Staats- und Regierungschefs nieder, das Funktionieren der Gemeinschaftsorgane auf der Grundlage und unter Wahrung der Verträge an die Erfordernisse einer erweiterten Gemeinschaft anzupassen. Dieser Bericht liegt nun vor.
6. Die Kommission hat sich ihrerseits ebenfalls mit ihrer Arbeitsweise und dem Funktionieren ihrer Dienststellen befaßt. Sie hatte eine Gruppe von 5 hochgestellten unabhängigen Persönlichkeiten mit einem Bericht über die Struktur und Anpassung ihrer Dienststellen im Hinblick auf die neuerliche Erweiterung der Gemeinschaft von 9 auf 12 Mitgliedstaaten beauftragt. Die von Herrn SPIERENBURG geleitete Gruppe hat am 24. September 1979 die Ergebnisse ihrer Überlegungen vorgelegt. Der Bericht wird eine Orientierungshilfe für die derzeitigen Arbeiten der Kommission sein, um ihre Dienststellen angesichts der Ausweitung ihrer Aufgabenbereiche rationell zu organisieren.

DAS WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE EUROPA

7. Die Knappheit und Verteuerung der Kohlenwasserstoffe waren wieder das Kernproblem, das die Weltwirtschaft erschüttert hat. Auf der Ebene der Gemeinschaft fanden die ersten Auswirkungen einer effektiven gemeinsamen Energiepolitik in dem Beschluß der Mitgliedstaaten, die Erdöleinfuhren im gegenseitigen Einvernehmen zu begrenzen, ihren konkreten Niederschlag. Die gemeinsame Haltung hat es auf der Gipfelkonferenz in Tokio ermöglicht, die Teilnehmerländer zur Festsetzung von Höchstgrenzen der Erdöleinfuhren für 1985 zu veranlassen. Darüber hinaus zielen eine Reihe - zum Teil bereits beschlossener - Maßnahmen darauf ab, die Verwendung fester Brennstoffe zu fördern, Energie rationeller zu nutzen und einzusparen und alternative Energiequellen zu erschliessen.
8. Die Kommission stimmt sich immer mehr mit den großen Industrieländern ab, um zu einer gemeinsamen Haltung und gemeinsamen Maßnahmen angesichts der energiewirtschaftlichen Zwangslage zu gelangen. Obgleich einer gemeinsamen Energiepolitik zahlreiche Schwierigkeiten entgegenstehen, wurden unter dem anhaltenden Druck äußerer Faktoren wirkliche Fortschritte erzielt.

9. Die industrielle Tätigkeit ist in zahlreichen Bereichen nach wie vor sehr besorgniserregend. Für manche Bereiche, insbesondere den Schiffbau und die Textilindustrie, wurden Gemeinschaftsinterventionen zur Förderung von Umstrukturierungs- oder Umstellungsinvestitionen vorgeschlagen. Die Maßnahmen zur industriellen Umstrukturierung und Umstellung wirken sich auch auf die Erzeuger außerhalb der Gemeinschaft aus. Solange aber die Anpassung nicht so weit gediehen ist, daß Strukturen und ein Tätigkeitsniveau erreicht sind, die sich mit den langfristigen Marktperspektiven vereinbaren lassen, können gewisse den Einfuhranstieg hemmende Maßnahmen nur schwer aufgegeben werden.
10. Auf anderen Wegen hat sich die Gemeinschaft bemüht, Übergangslösungen für in Schwierigkeiten befindliche Wirtschaftsbereiche zu fördern und die industrielle Tätigkeit in den Bereichen der fortgeschrittenen Technologie zu beleben. Hierzu gehören die verschiedenen Forschungs- und Entwicklungsprogramme, insbesondere für die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Luftfahrt und die Datenverarbeitung.
11. Im Falle der GAP haben die strukturellen Ungleichgewichte auf einigen Märkten, insbesondere für Zucker und Milch, wieder einen sehr hohen Stand erreicht. Die Vorschläge der Kommission zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf einigen Agrarmärkten wurden nur teilweise berücksichtigt. Nach wie vor stellt sich das Problem der Überschüsse und ihrer finanziellen Auswirkungen auf die Ausgabenstruktur der Gemeinschaft; die Kommission schlägt daher eine Reihe von Maßnahmen zur Anpassung gewisser gemeinsamer Marktorganisationen vor.
12. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Agrarstrukturpolitik eine Anzahl von Maßnahmen zugunsten der weniger begünstigten Regionen, insbesondere in Südeuropa, beschlossen. Dazu gehören spezifische Programme für Irland und die Mittelmeergebiete in Italien und Frankreich sowie eine gemeinsame forstwirtschaftliche Aktion. Weitere strukturelle Aktionen und spezifische Maßnahmen stehen gegenwärtig zur Erörterung. Die sehr substantielle Aufstockung des EFRE trägt zur Wiederherstellung des Gleichgewichts des Gemeinschaftshaushalts durch eine Erhöhung der Ausgaben für strukturelle Zwecke bei.

DIE EUROPÄISCHE WÄHRUNGSPOLITIK

13. Große Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union wurden im Währungsbereich durch das Inkrafttreten des EWS, die Schaffung der ECU und die Hinterlegung der Währungsreserven beim EFWZ erreicht. Eine erste Analyse nach sechsmonatiger Anwendung des Systems läßt die Feststellung zu, daß die neue währungspolitische Solidarität ihre Versprechen gehalten hat. Die im September vorgenommene technische Anpassung der Paritäten ist der Beweis, daß das EWS flexibel genug ist, um sich an die wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen und gleichzeitig unkontrollierte monetäre Bewegungen zu vermeiden.
14. Unter den Auswirkungen des effektiven Inkrafttretens der EWS ist der beträchtliche Abbau gewisser Währungsausgleichsbeträge zu erwähnen - ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Normalisierung des Agrarmarktes. Eine der bei der Schaffung des EWS vorgesehenen flankierenden Maßnahmen zur Stärkung der Volkswirtschaften der weniger wohlhabenden Mitgliedstaaten wurde ebenfalls beschlossen. Künftig können Irland und Italien Zinsverbilligungen für die Finanzierung ausgewählter Infrastrukturvorhaben und -programme erhalten. Die ersten Darlehen im Rahmen des "neuen Gemeinschaftsinstruments" für die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben wurde gewährt.

DAS ERWEITERTE EUROPA

15. Auf dem Weg zur Erweiterung der Gemeinschaft wurde mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit Griechenland, das somit im Januar 1981 der zehnte Mitgliedstaat wird, ein weiterer Schritt zurückgelegt. Die Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals gehen weiter. Durch den künftigen Beitritt dieser beiden Länder sieht sich die Gemeinschaft vor die spezifischeren Probleme Südeuropas gestellt.

EUROPA IN DER WELT

16. Nach sechs Jahre langen mühsamen Verhandlungen sind die Arbeiten der Tokio-Runde schließlich erfolgreich abgeschlossen worden: ein neuer wichtiger Schritt zur Liberalisierung des Welthandels. Das Endergebnis ist beachtlich, nicht nur im tariflichen Bereich, sondern auch in bezug auf die GATT-Regeln und die nichttariflichen Bestimmungen, vor allem.

wenn man bedenkt, daß es während der größten Wirtschaftsrezession seit 40 Jahren erzielt wurde. Das Abkommen, mit dem die Länder ihre protektionistischen Neigungen überwunden haben, macht deutlich, daß sich alle Teilnehmer der wechselseitigen Abhängigkeit des Handels bewußt sind.

17. Die Verhandlungen mit den AKP-Ländern haben zur Unterzeichnung des Abkommens Lome II geführt, in dem sich die Fortschritte bei der frei ausgehandelten Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern niederschlagen. Das System der Stabilisierung der Exporterlöse wurde ausgebaut, und den AKP-Ländern wurden in allen Bereichen, von Mikroprojekten bis zu regionalen Großprojekten, an denen mehrere Staaten beteiligt sind, erhöhte Mittel zur Verfügung gestellt.
18. Die Gemeinschaft hat ihre Beziehungen zu anderen Entwicklungsländern intensiviert. Sie hat
 - Verhandlungen im Hinblick auf ein Kooperationsabkommen mit den fünf ASEAN-Ländern eröffnet und
 - mit Brasilien, Indien und der Anden-Gruppe Sondierungsgespräche über die Verlängerung bzw. den Abschluß von Kooperationsabkommen geführt.
19. Innerhalb Europas legt die Gemeinschaft besonderen Wert auf den Ausbau ihrer Beziehungen zu der seit 1964 assoziierten Türkei und zu Jugoslawien. Im Rahmen von Erörterungen ist die Marschroute für die Wiederankurbelung und Vertiefung der Assoziation festgelegt worden. Ferner hat die Gemeinschaft erste Verhandlungen mit Jugoslawien über den Inhalt eines Kooperationsabkommens geführt.

EUROPA UND DIE EUROPÄER

20. Am 10. Juni 1979 hatten die europäischen Bürger zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft Stellung zu nehmen, aber die Probleme, die die europäischen Männer und Frauen konkreter betreffen, haben sich in diesem Jahr nur wenig weiterentwickelt. Die Gemeinschaft verfolgt hauptsächlich wirtschaftliche Ziele; es nimmt daher nicht wunder, daß die nennenswerten Fortschritte

bisher in diesem Bereich erzielt worden sind. Die Europäische Union hat allerdings eine globalere Zielsetzung. Seit mehreren Jahren werden unter wachsendem politischem Druck einige unmittelbar die Bürger betreffende Fragen geprüft und zur Zeit von den Gemeinschaftsgremien erörtert. Dazu gehören: Aufenthaltsrecht, Beteiligung an örtlichen Wahlen, Reisepaß und Führerschein.

21. Abgesehen von geringfügigen Anpassungen sind bei der Verringerung der Kontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft keine Fortschritte zu verzeichnen. Der Beitritt der Gemeinschaft als solcher zur Europäischen Menschenrechtskonvention hat sich noch nicht konkretisiert. Was die Fragen der Kultur und der Völkerverständigung betrifft, kommt auch die Gründung der Europäischen Stiftung nicht voran.

WAS ZU TUN BLEIBT

22. Die im Oktober 1972 in Paris vereinigten Staats- und Regierungschefs haben sich zum Hauptziel gesetzt:

"... vor Ablauf dieses Jahrzehnts die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten unter unbedingter Einhaltung der unterzeichneten Verträge in eine Europäische Union umzuwandeln ..."

Da dieses Jahrzehnt bald zu Ende geht, sollte nun festgestellt werden, welche Fortschritte wir erzielt haben und wie weit wir noch vom Ziel entfernt sind.

23. In dem im Dezember 1975 vorgelegten TINDEMANS-Bericht über die Europäische Union werden einige Komponenten dieser Union definiert, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- Organe, die über die notwendige Autorität verfügen, um ein gemeinsames, umfassendes und zusammenhängendes politisches Leitbild zu entwickeln und ein wirksames Handeln zu ermöglichen, und die die für eine demokratische Kontrolle erforderliche Legitimität besitzen;
- gemeinsames Handeln in den wichtigsten Bereichen der Außenbeziehungen, also Außenpolitik, Sicherheit, Wirtschaftsbeziehungen und Kooperation;

- eine gemeinsame Politik im Wirtschafts- und Währungsbereich und eine gemeinsame Politik für Industrie, Landwirtschaft, Energie und Forschung;
- eine wirksame Solidarität, um die Entwicklungs- und Einkommensunterschiede zu korrigieren;
- den Schutz der Rechte der europäischen Bürger und die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.

24. Die Zwischenstufe, die Wirtschafts- und Währungsunion, ist noch lange nicht vollendet. Aber die uneingeschränkte Beteiligung aller Mitgliedstaaten am EWS sowie die Stärkung des Zusammenhalts im Wirtschafts- und Währungsbereich innerhalb der EWG sind wichtige Fortschritte in dieser Richtung. Die Schaffung des Europäischen Währungsfonds und die uneingeschränkte Verwendung der ECU als Reserve- und Verrechnungsinstrument müssen aktiv vorbereitet werden.
25. Das gemeinsame Streben nach gemeinsamen Zielen, wie Wachstum, Stabilität und Vollbeschäftigung, erfordert eine Koordinierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine verstärkte Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten. Im Bereich der Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen, vor allem zur Verringerung der Ungleichgewichte zwischen Mitgliedstaaten und Regionen, müssen die Aktionsmittel sowohl besser eingesetzt als auch ausgebaut werden.
26. Es ist wesentlich, daß die effektive Verwirklichung des Binnenmarktes kurzfristig abgeschlossen wird. Die Freizügigkeit, der freie Warenverkehr und der freie Kapitalverkehr werden noch durch zu viele Hemmnisse aller Art behindert. In vielen Bereichen, wie Steuervorschriften, Sozialgesetze, Verkehr und öffentliche Aufträge, schotten sich die Mitgliedstaaten nach wie vor voneinander ab. Der europäische Wirtschaftsraum, in dem Wirtschaft, Industrie und Dienstleistungssektor sich organisieren und ihre Zukunft gemeinschaftlich orientieren könnten, besteht noch nicht. Die Skaleneinsparungen, die europäische Arbeitsteilung und die Umstrukturierung der Industrie erfordern einen baldigen Abbau aller noch bestehenden Schranken. Der Weg zur WWU führt zwangsläufig über die vollständige Zollunion, deren Verwirklichung nicht mehr zurückgestellt werden darf, wenn der in fast 30 Jahren mühsam erarbeitete gemeinschaftliche Besitzstand nicht gefährdet werden soll.

27. Die Zollunion, die Wettbewerbspolitik und die gemeinsame Agrarpolitik sind, wenn auch noch nicht vollendet, so doch die Bereiche, in denen die Verwirklichung der Ziele der Union am weitesten fortgeschritten ist. Es muß alles daran gesetzt werden, um diesen Teil des europäischen Aufbauwerks abzuschließen und zu konsolidieren. Eine gemeinsame Politik in allen übrigen Bereichen besteht erst im Ansatz. Mit einigen Aktionen, wie mit dem EWS, ist konkret begonnen worden, andere dagegen sind nur ungenau umrissen. Die Energieprobleme und die technologische Herausforderung lassen auf einen gemeinsamen Willen zu einer europäischen Politik hoffen.
28. Die erweiterte Gemeinschaft muß geeignete Lösungen finden, um die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten progressiv und harmonisch in das europäische Gefüge zu integrieren. Die erheblichen Unterschiede im wirtschaftlichen und sozialen Bereich erfordern einfallsreiche und mutige Lösungen.
29. Um den Problemen der Zukunft gewachsen zu sein, muß die Gemeinschaft schon jetzt die Leistungsfähigkeit ihrer Organe erhöhen. Die internen Schwierigkeiten, die externen Ungleichgewichtsfaktoren und die bevorstehende Erweiterung erfordern eine andere, den Bedürfnissen der erweiterten Gemeinschaft besser angepaßte Arbeitsweise. Gründliche Überlegungen über Aufgaben und Kompetenzen der Organe sind unumgänglich.
30. In den Fragen, die besonders die europäischen Bürger betreffen, werden so gut wie keine Fortschritte erzielt. Ohne einen politischen Willen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und zur Materialisierung der europäischen Identität und ohne tiefgreifende kulturelle und menschliche Bestrebungen werden die Fortschritte auch weiterhin geringfügig bleiben. Die gewählten Vertreter der europäischen Völker werden zweifellos auch neue politische Impulse für die Verwirklichung einer menschenfreundlicheren Gemeinschaft geben.
31. Je näher wir der Europäischen Union kommen, desto schwieriger wird es, eine oft künstliche Trennung zwischen den wichtigen Aktivitäten der Gemeinschaft und denen der Mitgliedstaaten vorzunehmen. Alle Fragen von gemeinsamem Interesse müssen in einem gemeinsamen institutionellen Rahmen behandelt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß wir nur gehört werden und leistungsfähig sein können, wenn die Gemeinschaft ein gewisses Gewicht hat. Wenn die Lösung der Probleme die wirksamen Aktionsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten übersteigt, muß die Gemeinschaft kompetent sein und über eigene Aktionsmittel verfügen.